

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 289 vom 27.12.2012

Transparenz der Meldeliste für Bundesverkehrswegeplan 2015 erweitern

Jens Koeppen/ Rainer Genilke: Planungsstand offenlegen - Stellungnahme der Kreise und der Kommunen veröffentlichen

Zur Vorstellung der geplanten Meldeliste für den Bundesverkehrswegeplan 2015 erklärten der verkehrspolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion Rainer Genilke und der Berichtserstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bundesverkehrswegeplan – Land Brandenburg Jens Koeppen:

„Wir begrüßen das Versprechen von Minister Vogelsänger für Transparenz und die Einbeziehung der kommunalen Ebene bei den Verhandlungen mit dem Bund zum Bundesverkehrswegeplan 2015. Das jetzt angekündigte Verfahren würde einen absoluten Neuanfang bedeuten.“, so die beiden Verkehrspolitiker.

Koeppen ergänzt: „Um für die Menschen vor Ort den Ausbau ihrer Straße abschätzbarer zu machen, müssen allerdings auch der Planungsstand und die beabsichtigten zeitlichen Abläufe der Planungsschritte auf der angekündigten Internetplattform veröffentlicht werden. Viele Bürger beklagen bisher, dass ein kurzfristiger Baubeginn versprochen wird und dann jahrelang nichts passiert. Die Ortsumgehung Kuhbier, oder die B198 bei Schwedt sind zwei negative Beispiele für das jahrelange Vertrösten der Bürger, ohne dass die Planungen vorangetrieben wurden. Vom Planungsstand kann man jedoch Rückschlüsse zum frühestmöglichen Baubeginn ziehen und somit haben leere Versprechen zukünftig keine Chance.“

Der verkehrspolitische Sprecher Rainer Genilke fügt hinzu: „Die Veröffentlichung der kommunalen Stellungnahmen würde auch die Transparenz zusätzlich verbessern und die Abwägung erleichtern. Oftmals zeigen die Einschätzungen der Verantwortlichen vor Ort besondere Problemstellen auf. Die Landesregierung sollte auch die Argumente veröffentlichen, warum von der örtlichen Einschätzung bei der Aufstellung der Maßnahmenliste abgewichen wird. Transparenz kann hier Verständnis schaffen. Andererseits kann es aber auch sein, dass einige Straßenprojekte vor Ort auf massiven Widerstand stoßen. Hier sind frühzeitig Kompromisse und Alternativen zu suchen.“

Hintergrund

Gegenwärtig laufen die Vorarbeiten für den Bundesverkehrswegeplan 2015. Das Land benennt gegenüber dem Bund Straßenbaumaßnahmen, die ab 2015 auf dem Territorium des Landes Brandenburg realisiert werden sollen. Während der Bund die Finanzierung der

Baumaßnahmen für Bundesstraßen absichert, hat das Land die Zuständigkeit für die Planungsarbeiten.